



Anzeige



[Nachrichten](#) [Markt](#) [Community](#) [Service](#) [Programm](#) [Finder](#) [Essen&Trinken](#)

Der Tagesspiegel

- * Tagesinhalt
- * Thema des Tages
- * Politik
 - * Innenpolitik
 - * Außenpolitik
 - * Politische Literatur
 - * Interview
- * Dritte Seite
- * Meinung
- * Berlin
- * Brandenburg
- * Wirtschaft
- * Sport
- * Kultur
- * Wissen & Forschen
- * Interaktiv
- * Medien
- * Weltspiegel
- * Sonntag
- * Sonderseiten
- * Serien

Archiv

- * Tagesspiegel-Suche
- * Jahresüberblick
- * Rechercheauftrag
- * Genios-Archiv

Service

- * Anzeigenmarkt
- * Abonnement
- * Impressum
- * Mediadaten



Nachrichten : Politik : Innenpolitik
7.10.2001

Radaropfer**Abfuhr per Leserbrief****Sachbearbeiter im Verteidigungsministerium kritisiert Betroffene**

Claudia Lepping

Der Ton des Verteidigungsministeriums gegenüber vermutlich röntgenverstrahlten früheren Radartechnikern der Bundeswehr wird schärfer. Während die rund 500 an Krebs erkrankten Betroffenen und die Hinterbliebenen darauf warten, dass sich die von Verteidigungsminister Scharping angekündigte "schnelle und großzügige Entschädigung" in bare Münze auszahlt, schlug ein Mitarbeiter des Ministeriums schroffe Töne an. In einem Leserbrief an den "Bonner Generalanzeiger" schrieb er: "Ein Soldat, der gewohnt ist, im Dienst Vorschriften zu beachten und nach Befehl und Gehorsam zu handeln, sollte Verständnis zeigen und sich nicht an der unsachlichen Hetzjagd beteiligen."

Der Autor, Karl-Heinz Sundermeier, ist nach Informationen des Tagesspiegels im Rahmen der Abteilung "Personal, Soziales und Zentrale (PSZ) V 3 im Verteidigungsministerium im Entschädigungsverfahren der Radaropfer tätig. Weiterhin hatte der Sachbearbeiter geäußert: "Das bewährte Versorgungsrecht ist keine Lotterie, in der derjenige die größte Summe gewinnt, der die besten Anwälte hat." Die Tatsache, dass der Autor bei diesen Äußerungen seine Funktion verschwieg, bringt die geschädigten Radartechniker erst recht auf die Palme. "Natürlich setzen wir nach all den Jahren, in denen jeder Einzelne in nervenaufreibenden Prozessen um eine Anerkennung als Berufskrankheit und monatliche Zusatzrenten gekämpft hat, jetzt auf eine gesammelte anwaltliche Vertretung", erklärt Peter Rasch, Vorsitzender des Bundes der Radargeschädigten: "Wir lassen uns aber nicht unterstellen, dass wir uns nun kollektiv und unrechtmäßig bereichern wollen."

Die Berliner Anwälte der Radaropfer, Geulen und Klinger, forderten Scharping unterdessen auf, Sundermeier wegen des Verdachts der Befangenheit von seiner Funktion zu entbinden. Geulen und Klinger, die Klagen gegen die US-Hersteller der umstrittenen Radarsysteme (Hawk und Nike) prüfen, bereiten darüber hinaus auch Schadensersatzklagen gegen das Bundesverteidigungsministerium vor. "Wir vertrauen nicht mehr auf das Wort des Ministers", sagte Klinger.

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © Tagesspiegel Online Dienste Verlag GmbH